



Eine Politik für jedes Kind, eine Politik mit Zukunft

Empfehlungen von UNICEF Deutschland zur Bundestagswahl 2025

Deutschland steht im Jahr der Bundestagswahl 2025 vor großen Herausforderungen. In einer von Unsicherheit geprägten ökonomischen und geopolitischen Situation sind weit reichende Entscheidungen über Investitionen in Bildung, wirtschaftliche Transformation, die Infrastruktur und die Sicherheit des Landes zu treffen.

Deutschland ist darüber hinaus eine zentrale Stütze und wichtiger Akteur für internationale Sicherheit und Stabilität, für wirkungsvolle humanitäre Hilfe und Krisenprävention sowie für nachhaltige Entwicklung und multilaterale Zusammenarbeit. Angesichts einer fortdauernden globalen krisenhaften Entwicklung und schleppender Fortschritte auf dem Weg zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) kommt Deutschland in den kommenden vier Jahren eine Führungsrolle in Europa und weltweit zu.

Aus Sicht von UNICEF Deutschland ist es unerlässlich, dass der 21. Deutsche Bundestag und eine neue Bundesregierung stärker in das Wohlergehen und die Chancen von Kindern und Jugendlichen investieren und damit auch die Zukunftsfähigkeit von Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft fördern. Investitionen in Kinder sind die sicherste Investition in die Zukunft.

Als Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen setzt sich UNICEF in 190 Ländern für Kinder ein und unterstützt vorrangig in den ärmsten Regionen der Welt mit konkreten Entwicklungsprogrammen und humanitärer Hilfe vor Ort. In Deutschland sind rund 7.000 ehrenamtliche Erwachsene und Jugendliche für UNICEF aktiv. Mit Initiativen für mehr Kinderfreundlichkeit in den Kommunen und an Schulen sowie mit seiner politischen Arbeit trägt UNICEF Deutschland auch hierzulande bei zu einem besseren Verständnis der Rechte und der Belange von Kindern. Zur Bundestagswahl 2025 appelliert UNICEF Deutschland an die Kandidierenden, ihre politische Agenda stärker auf die Rechte und die Zukunft von Kindern und Jugendlichen auszurichten und empfiehlt für 2025-2029 die folgenden Schwerpunkte und Maßnahmen in der nationalen und internationalen Politik.



Eine Politik für jedes Kind
Kinderrechte weltweit
Kinderrechte in Deutschland



Gemeinsam stark für Kinderrechte weltweit

Deutschlands heutige starke Rolle als Gestalter der internationalen Zusammenarbeit ist das Ergebnis jahrzehntelangen kontinuierlichen Engagements für Multilateralismus und weltweite Gerechtigkeit. Angesichts der globalen Herausforderungen und Verschiebungen in der internationalen Ordnung ist dies wichtiger denn je. Denn gerade in Krisenzeiten braucht es Verlässlichkeit und starke Partnerschaften. Die Weltgemeinschaft braucht die neue Bundesregierung als treibende Kraft für Demokratie, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung – aus diesem Dreiklang entsteht Stabilität.

Eine zentrale Messgröße für die neue Bundesregierung sind die Fortschritte auf dem Weg zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) bis 2030. Diese Fortschritte sind nur möglich, wenn die internationale Zusammenarbeit sich am Wohl derjenigen orientiert, die eine stabile und friedliche Zukunft maßgeblich gestalten werden und können: den Kindern und Jugendlichen von heute. Lösungen für die globalen Herausforderungen gibt es, und Kinder und Jugendliche haben enormes Potential. Die UN-Kinderrechtskonvention ist der Leitfaden für die Umsetzung nachhaltig wirkungsvoller Maßnahmen.

Krisenreaktion für Kinder stärken – heute und für die Krise von morgen

Die weltweite Gewalt gegen Kinder in bewaffneten Konflikten ist auf einem Höchststand. Kinder werden getötet, verletzt oder für militärische Zwecke missbraucht. Angriffe auf humanitäre Helfer*innen, anhaltende Kämpfe und bürokratische Hürden erschweren, dass Menschen in Not mit lebensrettender Hilfe erreicht werden können. 460 Millionen Kinder weltweit leben in Krisenregionen oder auf der Flucht vor Konflikten. Deutschland hat eine Schlüsselrolle, um humanitäre Hilfe zu stärken, die auf völkerrechtlichen Prinzipien basiert und schnell und flexibel Menschen erreicht, die sie am dringendsten brauchen.

Konkrete Empfehlungen:

- **Kinder in Kriegen schützen und humanitäre Diplomatie für Kinder ausbauen:** Schwere Kinderrechtsverletzungen, wie UNICEF sie gemeinsam mit Partnern für die Vereinten Nationen dokumentiert, müssen gestoppt und geahndet werden. Deutschland hat eine zentrale Rolle in der internationalen Gemeinschaft, um durch humanitäre Diplomatie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts weltweit wieder als Grundprinzip zu festigen und gewaltsame Konflikte zu beenden. Der Schutz von Zivilist*innen, insbesondere von Kindern und Frauen, muss im Zentrum dieser Bemühungen stehen. Diplomatische Anstrengungen sollten dabei verstärkt auf den sicheren Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen, auf den Schutz von Schulen, Krankenhäusern und weiterer wichtiger ziviler Infrastruktur für Kinder abzielen.
- **Flexibles, schnelles und effizientes Handeln in Krisen ermöglichen:** Humanitäre Hilfe muss dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Das globale humanitäre Hilfssystem kann die Bedarfe in akuten Krisen dank geregelter Koordination identifizieren und Hilfe umsetzen. Wie schnell, koordiniert und effizient diese Hilfe erfolgt, entscheidet oft über Menschenleben und darf nicht von bürokratischen Hürden abhängen. Humanitäre Hilfe aus Deutschland sollte daher lokal wirksam, möglichst vorausschauend und angesichts der Krisen unserer Zeit mehrjährig angelegt sein, um volle Wirkung entfalten zu können. Sie muss dabei auch in Regionen und Situationen ankommen, die kaum Aufmerksamkeit erfahren, die so genannten “vergessenen Krisen”.

Im Sinne der internationalen Vereinbarungen für eine bessere und effizientere humanitäre Hilfe sollen weiter mindestens 30 Prozent der Mittel flexibel zur Verfügung gestellt und mindestens zehn Prozent in vorausschauende Maßnahmen investiert werden. Notwendig und wirkungsvoll wäre auch eine feste Zusage für einen kontinuierlichen Mindestsatz für humanitäre Hilfe, um den Anforderungen angesichts der aktuellen Krisen, aber auch den Prinzipien der deutschen humanitären Hilfe gerecht zu werden. Deutschland sollte hierbei nicht nur ein wichtiger Geld-, sondern auch Impulsgeber für Reformen sein.
- **In der Krise schon an morgen denken:** Der so genannte Humanitarian-Development-Peace Nexus (HDP-Nexus) ist ein integraler Ansatz, um die Auswirkungen von Krisen zu minimieren, neuen Krisen präventiv zu begegnen und langfristig die Resilienz der Menschen zu fördern. Frühzeitige Investitionen retten Leben. Wenn kurzfristige Hilfsmaßnahmen mit langfristigen Entwicklungsansätzen verknüpft werden, können sie bereits in der Krisenreaktion den Weg für langfristige Stabilität ebnen. Dies gelingt nur, wenn humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung stärker miteinander verzahnt und bestehende Strukturen angepasst werden.

Durch internationale Zusammenarbeit Perspektiven und Stabilität schaffen

Die Hälfte der 1,2 Milliarden Menschen, die weltweit in multidimensionaler Armut leben, sind Kinder. Rund 40 Prozent der Menschen, die ihr Zuhause verlassen mussten, sind Kinder. Jede fehlende Investition in diese Kinder ist eine verpasste Chance, junge Menschen zu stärken, die eine stabile und friedliche Zukunft ihrer Gesellschaft mitgestalten können. Doch die gute Nachricht ist: Es gibt bereits Lösungen für nachhaltige und wirkungsvolle Transformation und Fortschritt. Die internationale Gemeinschaft hat es in der Hand, Perspektiven für Millionen Kinder, ihre Familien und ihre Gesellschaften positiv zu beeinflussen. Effizient, zielgerichtet und nachhaltig gestaltet, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Kooperation mit ihren Partnern maßgeblich zu Krisenfestigkeit und langfristiger Stabilität weltweit beitragen – und so auch eine Hebelwirkung für Deutschland entfalten, beispielsweise durch Sicherheit in Europa, Perspektiven für die deutsche Wirtschaft sowie Fortschritte im Klimaschutz.

Konkrete Empfehlungen:

- **Prävention statt Nachsorge:** Krisenprävention lohnt sich mehrfach: Jeder Dollar, der in Prävention fließt, spart bis zu 16 Dollar an Folgekosten in Krisen und Konflikten. Gezielte Investitionen in soziale Sicherungssysteme sowie in Bildung, Gesundheitsvorsorge und Ernährungssysteme sind besonders nachhaltig und wirkungsvoll, da sie die Resilienz der Kinder und den sozialen Zusammenhalt auch in fragilen Kontexten fördern. Sie tragen dazu bei, langfristig stabile Strukturen in Ländern aufzubauen, in denen diese besonders in Gefahr sind. Gleichzeitig werden Kinder, Jugendliche und Frauen dabei unterstützt, ihre Zukunft aktiv zu gestalten und einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung ihrer Gesellschaften zu leisten.
- **Wirkungsvolle multisektorale Ansätze für Kinder und mit ihnen gestalten:** Investitionen in für Kinder zentrale Bereiche wie die Bekämpfung von Kinderarmut oder in Bildung haben besonders in der frühen Kindheit Multiplikationseffekte, die sich auszahlen. Multisektorale Ansätze sind dabei besonders wirkungsvoll. Entwicklungszusammenarbeit muss verstärkt auch bei denjenigen ankommen, die die Unterstützung am dringendsten brauchen, wie etwa Mädchen und Kinder mit Behinderung. Die gezielte Förderung von Beteiligung und Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen ist zudem ein zentrales Element, um Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zielgruppenorientiert und relevant zu gestalten. So kann deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Grundstein für inklusive und stabile Gesellschaften und wirtschaftliche Entwicklung legen.
- **Auf Qualität und Quantität der finanziellen Förderung kommt es an:** Angesichts der globalen Krisenlage und mangelnder Fortschritte sollte Deutschland dringend seine Zusage für 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche internationale Zusammenarbeit (ODA) einhalten. Mindestens 0,2 Prozent sollte in die Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern der Welt investiert werden. Um effizient und zielgerichtet wirken zu können, sollten diese Gelder für die Empfänger planbar, mehrjährig und möglichst flexibel sein. Nur so können langfristig Strukturen gestärkt und in einem verantwortungsvollen Zusammenspiel von Entwicklung, Diplomatie und Verteidigung nachhaltig Stabilität und Sicherheit geschaffen werden.

Lebensgrundlagen von Kindern in der Klimakrise sichern

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen dar. Fast eine Milliarde Kinder sind bereits heute einem extrem hohen Risiko ausgesetzt – insbesondere in Regionen, die am wenigsten für die Anpassung an den Klimawandel gerüstet sind. Eine schlichte Fortführung der aktuellen weltweiten Klimapolitik würde laut UN-Umweltprogramm (UNEP) einen weiteren Anstieg der globalen Erderwärmung auf 3,1°C im Jahr 2100 bedeuten.

Die vorhersehbaren Auswirkungen sind vermeidbar, wenn Staaten wie Deutschland ihre eigenen Klimaziele ernst nehmen und Verantwortung übernehmen. Aus Sicht von UNICEF Deutschland sollten im Mittelpunkt der künftigen deutschen Klimapolitik jene stehen, die den Folgen der Klimakrise besonders ausgesetzt sind, die am längsten mit den Auswirkungen leben müssen und selbst einen starken Beitrag zu den Lösungen leisten können: Kinder und Jugendliche von heute. Die Umsetzung der Verpflichtungen in der von Deutschland unterzeichneten Declaration on Children, Youth and Climate ist hierfür eine wichtige Grundlage.

Konkrete Empfehlungen:

- **Internationale Klimafinanzierung auf die Bedürfnisse von Kindern ausrichten:** Derzeit fördern nur 2,4 Prozent der Mittel in globalen Klimafonds gezielt Programme für Kinder. Bis 2030 sollten mindestens 20 Prozent der internationalen Klimafinanzierung gezielt auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet werden. Um Kinder zu unterstützen, die von den bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, ist es dringend notwendig, diese Mittel gezielt in die Krisen- und Katastrophenprävention und in den Aufbau widerstandsfähiger Infrastrukturen zu investieren.
- **Lokale Wirkung für Kinder und Jugendliche ins Zentrum des Klimaschutzes stellen:** Entscheidend für den Erfolg der globalen Klimapolitik wird es sein, wie konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen und zur Anpassung an nicht mehr vermeidbare Folgen des Klimawandels national und lokal umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche als Hauptzielgruppe und auch als Gestalter*innen einzubeziehen, ist dabei zugleich dringend und erfolgversprechend. Die neue Bundesregierung sollte verstärkt dazu beitragen, dass Maßnahmen nationale und lokale Wirkung für Kinder und Jugendliche entfalten und betroffene Gesellschaften bei der Umsetzung ihrer nationalen Klimaschutzziele für und mit Kindern gezielt unterstützt werden.
- **Kinder und Jugendliche aktiv an Klimapolitik beteiligen:** Die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen sind maßgeblich, um eine gerechte und nachhaltige Klimapolitik zu gestalten. Um eine aktive Rolle für Kinder und Jugendliche in Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, bedarf es zugänglicher und inklusiver Räume für Beteiligung - wie beispielsweise Jugendforen. Diese sollte Deutschland sowohl in nationalen als auch in den internationalen Strukturen aktiv befördern und in allen Bereichen der Klimapolitik wirkungsorientiert und inklusiv verankern.
- **Kinder vor negativen Folgen des Strukturwandels schützen:** Im Zuge der Transformation zu einem klimaneutralen Wirtschaften müssen negative Auswirkungen auf Kinder verhindert werden. Daher müssen Ansätze zur Förderung gerechter Transformationsprozesse („Just Transition“) in der Wirtschaft explizit eine Prüfung der Auswirkungen auf Kinder und ihre Rechte sicherstellen. Die Gestaltung der Transformation muss sich an internationalen und nationalen Standards und Verpflichtungen im Bereich der Kinderrechte sowie für die unternehmerische Sorgfaltspflicht ausrichten.

Wirtschaft als Partner für Kinderrechte, Fortschritt und Innovation

Die deutsche Wirtschaft beeinflusst maßgeblich die Entwicklung in zahlreichen Ländern der Welt und damit auch das Wohlergehen der Kinder weltweit. Durch zielgerichtete Investitionen, Innovationen und die Ausrichtung an internationalen menschenrechtlichen Standards können deutsche Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen und -verbände, Gewerkschaften sowie relevante Akteure der Finanzindustrie entscheidend zum globalen Fortschritt für nachhaltige Entwicklung und zur Umsetzung von Kinderrechten beitragen. Dieser Beitrag zahlt sich langfristig auch für Deutschland aus und die Bundesregierung sollte dabei bestmöglich unterstützen.

Konkrete Empfehlungen:

- **Innovation und Transformation in Partnerschaft mit dem Privatsektor befördern:** Öffentliche Finanzierung bleibt das Rückgrat nachhaltiger Entwicklung angesichts globaler Herausforderungen. Gleichzeitig muss sie als Katalysator für private Investitionen dienen, um Kapital und Know-how dort gemeinsam einzusetzen, wo es am dringendsten benötigt wird. Eine nachhaltige und an den Kinderrechten orientierte Transformation wird nur gelingen, wenn private und öffentliche Partner gemeinsam Innovationen schaffen, die auch auf die Bedarfe besonders benachteiligter Kinder reagieren.
- **EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive (EUCSDDD) in nationale Gesetzgebung umsetzen:** Mit der ausdrücklichen Nennung der UN-Kinderrechtskonvention als Rechtsgrundlage für die Sorgfaltspflicht zeigt die EUCSDDD das deutliche Potenzial des Beitrags zum Schutz der Kinderrechte in globalen Lieferketten auf. Dies kann Entfaltung finden, wenn die politischen Entscheidungsträger*innen auf EU- und nationaler Ebene, Gerichte und Aufsichtsbehörden sowie die Unternehmen selbst Kinderrechte in die Umsetzung bzw. Anwendung der Richtlinie integrieren. Daran sollten sich auch alle notwendigen begleitenden Maßnahmen der Bundesregierung orientieren.
- **Expertise zu Kinderrechten und Rechtsschutz stärken:** Die umfassende Beachtung von Kinderrechten im Rahmen unternehmerischer Sorgfaltspflicht, einschließlich des zu etablierenden Umsetzungsgesetzes zur EUCSDDD, erfordert die Stärkung von Wissen und Fachkompetenzen bei allen beteiligten Akteur*innen, insbesondere zuständigen Institutionen, Justiz- und Aufsichtsbehörden. Besonders wichtig ist darüber hinaus im Sinne der zivilgesellschaftlichen Haftungsregel der EUCSDDD, dass es betroffenen Kindern oder ihren gesetzlichen Vertreter*innen ermöglicht wird, ihre Rechte gegenüber deutschen Unternehmen geltend machen zu können.
- **Unterstützung von Drittländern im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte:** Die EUCSDDD fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, Drittländer bei der Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu unterstützen. Diese sollten systemstärkende Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Kinderrechtsverletzungen in globalen Lieferketten umfassen und den Austausch mit potenziell betroffenen Kindern und ihren Vertreter*innen stärken. Wichtige Ansätze sind Investitionen in soziale Sicherung, Kinderschutzsysteme, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, die Unterstützung bei der Entwicklung nationaler Gesetzgebung gemäß UN-Leitprinzipien und die Förderung von Multi-Stakeholder-Initiativen (MSI) zur Stärkung nationaler Strukturen in Drittländern, um Kinderrechtsverletzungen vorzubeugen.



Gemeinsam stark für Kinderrechte in Deutschland

Jedes Kind hat eigene Talente und Fähigkeiten, und jedes Kind hat das Recht auf eine gute Entwicklung und eine freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Deutschland sind jedoch ungleich verteilt, wie der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023 zuletzt gezeigt hat. Oft verhindern fehlende Sprachkenntnisse, Diskriminierungserfahrungen oder auch materielle Armut in der Familie Bildungserfolge und gesellschaftliche Teilhabe. Wissenschaftliche Erkenntnisse, zuletzt ein Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Auftrag von UNICEF Deutschland, belegen, wie wirkungsvoll gezielte Investitionen für benachteiligte Kinder auch gesamtwirtschaftlich sind.

Zukunftschancen, Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe fördern

Eine gute Politik für Kinder unterstützt die junge Generation dabei, ihre Potenziale voll zu entfalten. UNICEF-Studien der letzten Jahre zeigen, dass Investitionen in sozial- und familienpolitische Maßnahmen in Deutschland bisher nicht ausreichend für alle Kinder, insbesondere nicht für viele Kinder mit besonderen Herausforderungen, wirksam werden. Die relative Kinderarmut ist weiterhin hoch, der familiäre Hintergrund bestimmt zu oft die Lebenschancen.

Konkrete Empfehlungen:

- **Kinder finanziell absichern:** Um Kinderarmut zu reduzieren, brauchen alle Kinder eine wirksame finanzielle Absicherung auf Basis einer Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums. Mit dem Scheitern der Kindergrundsicherung fehlt aktuell eine Strategie dafür, dass alle Kinder in Deutschland ohne die negativen Effekte eines oft mehrjährigen Aufwachsens in Armut aufwachsen können. Empfehlenswert ist für die neue Legislaturperiode ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Kinderarmut sowie die Fortführung des Nationalen Aktionsplans Neue Chancen für Kinder in Deutschland, unter Einbindung der Länder und Kommunen sowie von Kindern und Jugendlichen und hinterlegt mit konkreten Investitionen in die Armutsprävention.
- **Wirksam in Infrastruktur investieren:** Bildungsangebote, Spiel- und Freizeitmöglichkeiten, Unterstützungsleistungen der Kinder- und Jugendhilfe – jedes Kind sollte Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und flächendeckend vorhandenen Infrastruktur in Deutschland haben. Politik braucht bessere Evidenz, welche Investitionen Wirkung zeigen, damit wirksame Maßnahmen gezielt ausgebaut werden können. Dazu sollte die Bundesregierung ein Gesamtportfolio der wichtigsten Investitionen in Kinder ermitteln und sie auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.
- **Besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern:** Eine beträchtliche Zahl von Kindern wächst in Deutschland unter besonders erschwerten Startbedingungen auf. Gute Sozialpolitik sollte insbesondere in diese Gruppen investieren und ihre Chancen fördern. Nötig sind deshalb Investitionen in Kita, Schule und außerschulische Angebote dort, wo besonders viele Kinder mit sozio-ökonomischer Benachteiligung erreicht werden können.
- **Bund-Länder-Zusammenarbeit für Bildung effektiv und effizient organisieren:** In allen Bundesländern gibt es heute Nachholbedarf bei der Modernisierung von Lernmethoden und Inhalten, der interdisziplinären, auf die Kinder ausgerichteten Zusammenarbeit in Kitas und Schulen und der Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Bund und Länder sind deshalb gefragt, dauerhaft und wirkungsvoll ressort- sowie Ebenen übergreifend zusammenzuarbeiten, zum Beispiel im Rahmen eines neuen Bund-Länder-Paktes für Bildung. Dabei sollten die Perspektiven der Schülerinnen und Schüler systematisch einbezogen werden. Innovative Programme, wie das Startchancen-Programm, sollten ausgebaut und verstetigt werden. Sie sind gute Beispiele für neue Formen von Förderung und Kooperation. Ein vorrangiges Ziel sollte die Reduzierung der hohen Zahl an Kindern ohne formalen Schulabschluss sein.

Das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen stärken und schützen

Mehr als 63.000 Fälle von Vernachlässigung, psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt haben die Jugendämter in Deutschland 2023 registriert – ein neuer Höchststand nach Einführung der Statistik im Jahr 2012. Körperliche und seelische Gewalt können die Entwicklung von Kindern massiv beeinträchtigen. Sie haben Auswirkungen auf die mentale und die physische Gesundheit von Kindern und oft schwere Folgen im Erwachsenenalter. Moderner Kinderschutz umfasst dabei mehr als den Ausschluss von Gewalt. Er entfaltet seine volle Wirkung erst durch die Anerkennung von Kindern als Träger eigener Rechte. Das bedeutet, dass Kinder präventiv umfassend in ihrer Persönlichkeit und Entwicklung gestärkt und in Kinderschutzangelegenheiten alters- und reifegemäß beteiligt werden.

Konkrete Empfehlungen:

- **Sichere Umgebung schaffen:** Eine Umgebung, in der Kinder sich sicher fühlen, bietet Kindern die optimale Voraussetzung für ein gutes Aufwachsen und die Möglichkeit, sich zu entfalten. Es gibt bereits viele Ansätze in Form von Schutzkonzepten und Schulungen für den Schutz von Kindern. Zusätzlich bedarf es einer gezielten Sensibilisierung aller Fachkräfte, die mit Kindern arbeiten, um Anzeichen von Gewalt und Missbrauch zu erkennen und adäquat darauf zu reagieren. UNICEF empfiehlt, die übergreifende Zusammenarbeit von Jugendämtern, Gesundheitswesen, Polizei und anderen Behörden weiter auszubauen. Die erfolgreiche Arbeit der Frühen Hilfen sollte gestärkt werden.
- **Stärkung von Kinderrechten und Kinderschutz im digitalen Raum:** Die Lebenswelten von Kindern erstrecken sich heute bereits im frühen Alter auf den digitalen Raum. Kinder haben ein Recht darauf, sich online zu informieren und am digitalen Teil des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben. Gleichzeitig ist es wichtig, die Kinder zu schützen. Mit der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) und der Schaffung der neuen Stelle zur Durchsetzung von Kinderrechten in digitalen Diensten (KidD) wurden bereits wichtige Schritte getan, um Kinderrechte im Netz zu verwirklichen und Kinder besser vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu schützen. Darüber hinaus braucht es einen gezielten Ansatz zur Prävention und Strafverfolgung. UNICEF Deutschland empfiehlt Investitionen in Fachpersonal und die Förderung von IT-Sicherheit an Schulen im Rahmen des Digital-Paktes von Bund und Ländern, regelmäßige Schulungen für Fachkräfte sowie Elternprogramme zur Aufklärung.



Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen

Mentale Gesundheit ist elementar für die persönliche Entwicklung und Gestaltung des eigenen Lebens. Die international vergleichenden Studien von UNICEF sowie nationale Erhebungen zeigen, dass die mentale Gesundheit und die Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland seit einigen Jahren besonders niedrige Werte aufweisen. Etwa jeder fünfte Jugendliche in Deutschland berichtet nach aktuellen Studien von psychischen Problemen und Angstsymptomen. Entsprechend steigt die Nachfrage unter Kindern und Jugendlichen nach Hilfsangeboten in Deutschland kontinuierlich an. Immer häufiger fehlt es an bedarfsgerechten Angeboten.

Konkrete Empfehlungen:

- **Schwerpunkt auf Vorsorge legen:** UNICEF empfiehlt mehr Investitionen in Forschung, Prävention sowie eine Verbesserung des Zugangs zur Versorgung für Kinder und Jugendliche, auch mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten und psychosozialer Unterstützung, insbesondere für benachteiligte Kinder und Kinder aus Risikogruppen. Die Empfehlungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina zur Stärkung der Selbstregulation von Kindern sollten von Bund und Ländern aufgegriffen und in konkrete Programme umgesetzt werden.
- **Lehren aus der Corona-Pandemie umsetzen:** Die Empfehlungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe "Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona" sollten von der neuen Bundesregierung aufgenommen und, soweit noch aktuell, umgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte die Reform der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung nutzen, um das Thema mentale Gesundheit breit angelegt und langfristig zu bearbeiten.
- **Hilfssysteme auf die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien ausrichten und verknüpfen:** Es braucht eine bessere Verknüpfung und Zusammenarbeit von staatlichen Strukturen, wie Schulen, mit Präventions- und Hilfsangeboten. Programme wie die vom Bundesjugendministerium finanzierten Mental Health Coaches sind ein erster Ansatz, um niedrigschwellig Kinder und Jugendliche in Schulen zu erreichen, über mentale Gesundheit aufzuklären und bei Anzeichen psychischer Symptome frühzeitig zu reagieren. Solche Präventions- und Hilfsangebote sollten regelmäßig auf ihre Wirksamkeit unter Einbeziehung der Stimmen von Kindern und Jugendlichen überprüft und fortentwickelt werden. UNICEF empfiehlt evidenzbasiert Best-Practice-Beispiele bundesweit bekannt zu machen, flächendeckend auszuweiten und die Finanzierung zu sichern, um Kinder in allen Ländern und Kommunen zu unterstützen.
- **Öffentlichkeit schaffen und die mentale Gesundheit enttabuisieren:** Es bedarf der öffentlichen Debatte, um die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen zu beenden und die gesellschaftliche Wahrnehmung von mentaler Gesundheit und psychischen Erkrankungen zu verändern. Dazu sind eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit, das Ernstnehmen mentaler Probleme und sichere Kommunikationsräume gerade für Kinder und Jugendliche nötig.

Rechte geflüchteter und migrierter Kinder wahren und in ihre Zukunft investieren

Geflüchtete Kinder machen mehr als ein Drittel aller schutzsuchenden Menschen in Deutschland aus. Von Januar bis November 2024 waren es ungefähr 79.300 Kinder und Jugendliche (36 Prozent). Die meisten von ihnen werden dauerhaft in Deutschland bleiben. Jedes Kind bringt seine besonderen Talente und Fähigkeiten mit. Sie zu fördern und die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit nach Deutschland geflüchtete Kinder ihr volles Potenzial ausschöpfen können, ist eine zentrale Aufgabe für die Politik in Deutschland. Aktuell gehören geflüchtete Kinder, insbesondere, wenn sie in Flüchtlingsunterkünften leben müssen, zu den am stärksten benachteiligten Kindern in Deutschland. Dies belegen zahlreiche Untersuchungen, wie die zuletzt von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Institut für Menschenrechte veröffentlichte Studie "Das ist nicht das Leben". Darin berichten Kinder, die in Unterkünften für geflüchtete Menschen leben, dass sie oft Gewalt oder Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sind, dass sie nicht zur Schule gehen können. Sie wünschen sich, mit ihren Familien in eigenen Wohnungen zu leben oder auch eine bessere psychologische Betreuung. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass sich die Situation für geflüchtete Kinder verbessert und sie bessere Chancen auf Integration und gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

Konkrete Empfehlungen:

- **Eigenen Wohnraum und Schutz für Kinder in Unterkünften gewährleisten:** Trotz des hohen Engagements bei der Unterbringung sind Unterkünfte für geflüchtete Menschen keine Orte für Kinder. Die Verweildauer in Unterkünften sollte deshalb auf eine möglichst kurze Zeit begrenzt werden. Solange geflüchtete Kinder aber in Unterkünften für geflüchtete Menschen leben müssen, bedarf es weiterhin einer verbindlichen Verankerung und regelmäßigen Überprüfung von Mindeststandards und von Gewaltschutzkonzepten. UNICEF und das Bundesfamilienministerium sowie viele weitere Partner haben zu diesem Zweck gemeinsam die Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften entwickelt. UNICEF Deutschland empfiehlt außerdem, geflüchtete Kinder und ihre Familien im Nationalen Aktionsplan zur Überwindung der Wohnungslosigkeit zu berücksichtigen, damit die Familien - vor allem Familien mit anerkanntem Status - schneller in eigenem Wohnraum leben und so besser in der jeweiligen Kommune ankommen können.
- **Fundierte, individuelle Kindeswohlermittlung für alle Prozesse:** Damit Entscheidungen, die geflüchtete Kinder betreffen, dem Kindeswohl entsprechen, sollten die zuständigen Behörden der besonderen Situation dieser Kinder Rechnung tragen und die Verfahren (wie beispielsweise das Asylverfahren) vorrangig am Kindeswohl ausrichten. Dabei ist es wichtig, auch die Perspektive der Kinder und die individuellen, für das einzelne Kind spezifischen Fluchtgründe zu berücksichtigen sowie Länderinformationen, die die besondere Situation von Kindern beleuchten, einzubeziehen. Dafür braucht es verpflichtende Schulungen, Kapazitätsaufbau sowie die Verbreitung von bewährten Standards und Praxisbeispielen.
- **Gemeinsames Europäisches Asylsystem als Chance nutzen:** UNICEF Deutschland empfiehlt bei der nationalen Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems von den Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und besonderes Augenmerk auf die Berücksichtigung der Kinderrechte zu legen. Gleichzeitig braucht es ausreichende Mittel im Bundeshaushalt, um gezielt den Schutz und den Zugang zu Bildung, gesundheitlicher Versorgung und psychosozialer Betreuung zu verbessern. Diese Maßnahmen sind essenziell, um die Integration und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten und langfristig gerechtere Chancen für alle Kinder zu schaffen.

- **Investitionen in Kinderschutzsysteme und sichere Zugangswege ausbauen:** Die nächste Bundesregierung sollte Kinderrechte konsequent stärken und auch in den Mittelpunkt ihrer Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern stellen. Investitionen in die umfassende Stärkung von Kinderschutzsystemen vor Ort sind hierbei besonders wichtig, da Kinder zu den am stärksten gefährdeten Gruppen, insbesondere in Krisen und Konflikten, gehören. Um Kindern gefährliche Fluchtwege zu ersparen, sind zudem organisierte Verfahren nötig, durch die vor allem besonders schutzbedürftige Personen die Möglichkeit haben, langfristig in Deutschland aufgenommen zu werden, etwa die so genannten Resettlement-Programme (dt. Umsiedlungsprogramme), humanitäre Aufnahmeprogramme oder der Familiennachzug.

Robuste Strukturen und Institutionen für die Rechte von Kindern absichern

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in Deutschland seit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention deutlich bekannter und kontinuierlich gestärkt worden. UNICEF setzt sich dafür bundespolitisch, mit seinen Inlandsprogrammen und mit Tausenden Engagierten in den deutschen Städten und Gemeinden seit vielen Jahren erfolgreich ein. Um Rückschritte zu vermeiden und die grundlegenden Rechte von Kindern – insbesondere die Beteiligungsrechte – dauerhaft abzusichern, empfiehlt UNICEF Deutschland für die kommende Legislaturperiode, Strukturen und Institutionen für Kinderrechte auszubauen und verlässlich zu fördern.

Konkrete Empfehlungen:

- **Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention auf struktureller Ebene:** Deutschland hat sich dazu verpflichtet, die Kinderrechte umzusetzen. Dazu gehört, dass die strukturellen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. Beispielsweise braucht es bessere Daten darüber, wie es Kindern und Jugendlichen geht, und die Aufnahme der Kinderrechte im Grundgesetz.
- **Beteiligung und Interessensvertretung von Kindern strukturell verankern:** Kinder haben andere Bedürfnisse als Erwachsene und sind Experten für das, was sie brauchen. Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass die Stimmen und Interessen von Kindern von allen Ressorts bei allen Gesetzen und Maßnahmen berücksichtigt werden, die Kinder betreffen. UNICEF Deutschland empfiehlt der Bundesregierung, hierzu die Zusammenarbeit sowohl zwischen den Ressorts als auch mit der Landes- und Kommunalebene zu verbessern und die Strukturen für Partizipation zu stärken, beispielsweise durch die Initiative Kinderfreundliche Kommunen. Eine neue und mit einem bedarfsgerechten Auftrag ausgestattete Kinderbeauftragtenstelle auf Bundesebene kann diesen Prozess unterstützen. Sie kann gezielt in alle Gesetzgebungsverfahren, die Kinder betreffen, einbezogen werden sowie Partizipation bedarfsgerecht ermöglichen.
- **Kinderrechte bekannter machen:** Damit alle Kinder geschützt und gefördert werden und sie zu aktiven Mitgliedern unserer demokratischen Gesellschaft heranwachsen, sollten die Kinder selbst, ihre Eltern und alle Fachkräfte, die mit Kindern zu tun haben, die Kinderrechte kennen. Die Bundesregierung sollte darum in das Wissen über die Kinderrechte investieren, indem sie Informationskampagnen entwickelt, entsprechende Programme unterstützt und Fortbildungsmöglichkeiten schafft.

Kontakt:

UNICEF Büro Berlin
Schumannstr. 18
10117 Berlin

Tel.: +49-030-2758079-10
E-Mail: bueroberlin@unicef.de
www.unicef.de/btw25

